

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Die EU-Kommission schlägt neue Wege bei der Verkehrspolitik vor



Foto: Grey9 / pixelio

Mit dem Erscheinen des neuen Weißbuchs zur Verkehrspolitik hat die Europäische Kommission richtungsweisende Akzente gesetzt. So hat sie sich die Reduzierung der CO₂-Werte um 60% bis 2050 als Hauptziel gesteckt. Dabei möchte die Kommission aber bewusst den Eindruck vermeiden, dass zur Erreichung dieser Ziele die Mobilität

eingeschränkt werden soll. Vielmehr sollen Hindernisse und Engpässe in der Verkehrsinfrastruktur beseitigt und Investitionen angeregt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Kommission 40 Vorschläge ausgearbeitet, die den Verkehr effizienter gestalten sollen. Denn über eines sind sich die Experten einig: Sollte sich der Verkehr auf diese

Weise weiterentwickeln, wird irgendwann alles zusammenbrechen. Für die Industriena-tion Deutschland wäre das verheerend. Denn bis heute hängen 96% des Energiebedarfs für den Verkehr vom Erdöl ab. Den Einschätzungen zufolge werden der Güterverkehr bis 2050 um 80% und der Personenverkehr um 50% steigen. Eine Abfederung dieses Anstiegs kann das Europäische Straßenverkehrsnetz in diesem Zustand nicht leisten. Daher soll, nach Vorstellung der Kommission, der Großteil des Personenverkehrs ab 300 km auf die Schiene verlagert werden. Beim Güterverkehr sollen bis 2050 bis zu 50% der Waren, die vorher auf der Straße transportiert wurden, auf die Schiene oder Schiffe verlagert werden. Der Ausbau von Verkehrskorridoren ist daher besonders wichtig und schließt auch das Projekt

Stuttgart 21 ein.

Die Kommission möchte auch für verkehrsbedingte Gebühren einen neuen Ansatz wählen. Künftig soll nach dem Verursacherprinzip vorgegangen werden. Das würde bedeuten, dass Straßennutzer in höherem Maße an den entstehenden Kosten für Infrastruktur und Stau beteiligt würden. Allerdings soll es den Staaten freigestellt bleiben, ob und wie sie diese Gebühren erheben.

Beim Stadtverkehr geht die Kommission einen noch radikaleren Weg. Nach ihrer Vorstellung sollen alle Benzin- und Diesel-Fahrzeuge komplett aus den Städten verbannt werden. Um dies zu erreichen, möchte sie den Umstieg finanziell fördern. Bis 2030 soll sich die Anzahl der konventionell betriebenen Fahrzeuge halbieren und bis 2050 auf Null sinken.

Abstimmung zum neuen Asylrecht

Nur mit knapper Mehrheit konnte sich in dieser Woche eine geschlossene Gruppe von Christdemokraten, Konservativen und Liberalen gegen eine Gruppe von Sozialisten und Kommunisten bei der Abstimmung für ein neues praktikables Asylrecht durchsetzen. Gleichzeitig bleiben aber Forderungen nach einer Ausweitung der Rechte für Asylbewerber, die ebenfalls mit knapper Mehrheit angenommen wurden. „Die Sozialisten, die in Europa allen Asylbewerbern am liebsten Tür und Tor öffnen würden, konnten sich mit ihrer Forderung nach einer Beweislastumkehr zulasten der Mitgliedstaaten nach einer sechsmonatigen

Verfahrensdauer glücklicherweise nicht durchsetzen. Bei terroristischen Straftaten und Täuschungsversuchen soll es weiterhin die Möglichkeit eines beschleunigten Verfahrens geben“, reagierte Dr. Thomas Ulmer aus Mosbach erleichtert.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass der abgestimmte Forderungskatalog des Parlaments auch eine Verlängerung des Bleiberechts beinhaltet, wenn Post an Asylbewerber unzustellbar ist, oder die Annahme verweigert wird. Außerdem soll der Kreis der Asylbewerber, die vom Mitgliedstaat zu bezahlenden anwaltlichen Beistand in Anspruch nehmen dürfen, ausgeweitet werden.

Legt ein Asylbewerber Widerspruch gegen eine behördliche Entscheidung ein, soll er für die Dauer des Widerspruchverfahrens im Mitgliedstaat bleiben dürfen. „Sollte diese Regelung so in Kraft treten, wäre Widerstand im Rat vorprogrammiert, da es sich hierbei um eine verantwortungslose auf

Gutmenschenumt basierende Asylpolitik handeln würde. Die Kommission muss nun realistische Vorschläge unterbreiten, die auf eine breite Zustimmung in der Bevölkerung, im Parlament und im Rat treffen können“, sagte Ulmer.



Foto: Gerd Altmann/Ökercom / pixelio.de

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Ländlicher Raum muss Zukunftschancen bieten / Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen



Foto: www.foto-fine-art.de / pixello.de

nach 2013 der ländliche Raum in seiner Gesamtentwicklung unterstützt wird“, versicherte der Mosbacher EU-Abgeordnete Dr. Thomas Ulmer (CDU). Mit einer aktiven Förderpolitik soll die Attraktivität des ländlichen Raums hervorgehoben werden, um die Abwanderung von Frauen in die Städte zu stoppen. „Qualifizierte Landwirtinnen und Unternehmerinnen wird man nicht auf dem Land halten können, ohne den Frauen eine vollwertige Beteiligung am Erwerbsleben, bedarfsgerechte Möglichkeiten der Kinderbetreuung, eine auf Familien ausgerichtete Infrastruktur sowie den Zugang zu Internet und anderen Kommunikationstechnologien zu ermöglichen“, erklärt der Politiker aus dem Odenwald. „Zentrale Aufgabe einer europäischen Politik für den ländlichen Raum bleibt, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen anzustreben und eine einseitige Entwicklung der städtischen Verdichtungsräume zu vermeiden, damit Menschen eine Erfolgsperspektive auch auf dem Land haben“, sagte Ulmer.

Schätzung: Müllmenge steigt bis 2020 um 40% gegenüber 2006



Foto: www.foto-fine-art.de / pixello.de

Einer am 28. März veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage zufolge glauben 60% der EU-Bürger, ihr Haushalt produziere nicht zu viel Müll. Das ist, wie die Studie ebenfalls offenlegt, angesichts der Menge von über einer halben Tonne Müll pro Haushalt und Jahr eine klare Fehleinschätzung. „Es zeigt sich, dass wir uns nicht bewusst sind, wie viel Müll wir tatsächlich produzieren“, sagte der CDU-Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer. Die Studie zeigte außerdem, dass 25% der von privaten Haushalten gekauften Lebensmittel im Müll landen und dass dies in 60% der Fälle gar nicht nötig gewesen wäre. Als Hoffnungsschimmer kann aber gelten, dass laut Studie 86% der EU-Bürger generell bereit sind, Produkte aus Recyclingmaterialien zu kaufen. „Wenn Abfall unvermeidbar ist, müssen wir versuchen, ihn als Ressource anzusehen und ihn bestenfalls weiterverarbeiten“ fordert Dr. Ulmer.

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.): Tanüstret 21, 74821 Mosbach, Telefon 06261.893991 Telefax 06261.893069
Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.busse-nahrgang.com

Bildnachweis: 12-11-09 Pano hemi 6.jpg Copyright: © Photo Parlement Europeen; Verkehr © Grey59 / pixello.de; Asyl - Gerd Altmann/clicker.com / pixello.de; Landwirtschaft - www.foto-fine-art.de / pixello.de; Europaflagge - Rainer Sturm / pixello.de; Müll © piu700 / pixello.de

E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu

Mazedonien: Rat der EU verschiebt Entscheidung



Foto: Rainer Sturm / pixello.de

Das Europa-parlament nahm eine Änderung der Geschäftsordnung des mazedonischen Parlamentes zum Anlass, dem Rat der EU eine positive Empfehlung bezüglich der Beitrittsverhandlungen Mazedoniens mit der EU zu geben. Die Änderung der Geschäftsordnung erlaubt ein stärkeres Engagement der politischen Opposition. Der Rat der Europäischen Union wollte sich dennoch zu keiner Entscheidung über die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen bewegen lassen. „Es ist schade, aber gleichzeitig verständlich, dass der Rat zum wiederholten Male keine Entscheidung treffen wollte“, äußerte sich der CDU-Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer.

Mazedonien wurde im Dezember 2005 der Status eines Beitrittskandidaten zuerkannt, seit dem ist es aber nicht zu konkreten Beitrittsverhandlungen gekommen. Dies hängt derzeit vor allem mit dem Boykott des Parlaments durch die Opposition zusammen, aber auch mit der anhaltenden Korruption und dem Fehlen freier und unabhängiger Medien. Außerdem befindet sich das Land in einem Namensstreit mit Griechenland, das einem Beitritt zur Europäischen Union nur dann zustimmen würde, wenn das Land unter der Bezeichnung „ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“ die Verhandlungen aufnimmt. In der mazedonischen Verfassung steht dort „Republik Mazedonien“. Mazedonien grenzt im Südosten an die griechische Region „Makedonien“. „Im Namensstreit mit Griechenland sind vor allem die Hohe Vertreterin und der zuständige Kommissar gefragt. Sie müssen hier vermitteln und eine Einigung erzielen, um den Weg Mazedoniens in die EU zu ebnen“, erklärte Dr. Ulmer.

Island: Handlungsbedarf in der Finanz- und Wirtschaftspolitik

Die Resolution zum Fortschrittsbericht Islands begrüßt die Vereinbarung zur „Icesave“- Frage zwischen den Vertretern Islands, der Niederlande und dem Vereinigten Königreich, insbesondere bezüglich der Rückzahlungs-garantie. „Dennoch warne ich vor überstürzten Handlungen. Island muss zuerst wirtschaftlich stabil werden und sich zur Rückzahlung seiner Schulden an die Niederlande und Großbritannien verpflichten“, mahnt der Vize-Präsident der Delegation für die Schweiz, Island und Norwegen sowie dem Europäischen Wirtschaftsraum, Dr. Thomas Ulmer (CDU). Die Resolution verweist in diesem Zusammenhang auch auf die hohe Arbeitslosenrate und den Rückgang der Investitionen und des Binnenkonsums nach der Wirtschafts- und Finanzkrise. Des Weiteren fordert das Europäische Parlament Island auf, eine für beide Seiten zufriedenstellende Lösung hinsichtlich einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Fischbestände zu verfolgen und fordert eine breite Diskussion zur Frage

des Walfangs und des Handels mit Walprodukten. „Hier besteht noch dringender Klärungsbedarf. Bislang hat Island immer auf seine Eigenständigkeit beim Fischfang bestanden, wohingegen es sich nach einem möglichen Beitritt in die EU nach Fangquoten richten müsste. Hier muss im Vorfeld Einigkeit erzielt werden“, erklärt Ulmer. Positiv vermerkt der Entschließungsantrag, dass ein Beitritt Islands die europäische Präsenz im Arktischen Rat verstärken und damit eine strategische Möglichkeit für die EU eröffnen würde, in dieser Region eine aktivere und konstruktivere Rolle zu übernehmen. „Islands Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum erleichtert die Kandidatur des Inselstaates im Hinblick auf die Implementierung der gemeinsamen Werte und Gesetze der EU. Werden in der Finanz- und Fischereipolitik Fortschritte beziehungsweise Übereinkünfte erzielt, steht einem zügigen Beitritt Islands nichts im Wege“, urteilt Ulmer.